

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Bildung und Forschung

Ausbildungspakt wird effektiver – Flankierende Maßnahmen für Jugendliche nötig

*Zur heutigen Unterzeichnung des weiterentwickelten Ausbildungspaktes erklären der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Jörg Tauss**, und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Nicolette Kressl**:*

Der Ausbildungspakt ist ein unverzichtbares Instrument zur Entspannung der Lage am Ausbildungsstellenmarkt. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher, dass die Paktpartner den Ausbildungspakt nicht nur um drei Jahre verlängert, sondern auch inhaltlich zu einem noch effektiveren Instrument zur Verbesserung der beruflichen Bildungschancen junger Menschen weiterentwickelt haben. Damit ergibt sich die Chance, dass die erkennbaren positiven Entwicklungen im Bereich der dualen Berufsbildung zum Beginn einer wirklich nachhaltigen Trendwende am Ausbildungsstellenmarkt werden können. Gleichzeitig machen fortbestehende Probleme, wie etwa die hohe Altbewerberzahl am Ausbildungsstellenmarkt, zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche erforderlich. Insgesamt wird es darauf ankommen, dass die Paktpartner ihr Engagement nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem auch in der Praxis weiter verstärken.

Nachdem das Lehrstellenangebot bis 2003 über mehrere Jahre rückläufig gewesen war, hat der von der SPD-Bundestagsfraktion vor drei Jahren maßgeblich mit auf den Weg gebrachte Ausbildungspakt seither zu einer

deutlichen Stärkung des Angebots an Ausbildungsplätzen und zu einer völlig neuen Dynamik in der Kooperation und im Engagement aller Beteiligten geführt und dabei auch zu einem Bewusstseinswandel der Verantwortlichen beigetragen. Der Pakt greift und hat neue Bewegung in den Lehrstellenmarkt gebracht. Zuletzt lag die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit über 576.000 im vergangenen Jahr so hoch wie seit Jahren nicht mehr.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher, dass mit der Verlängerung des Ausbildungspaktes nicht nur die Grundlage für eine Verstetigung dieser positiven Entwicklungen bis Ende 2010 gesichert wurde, sondern dass zugleich die Perspektiven für ausbildungssuchende Jugendliche mit der erfolgten Fortentwicklung der Vereinbarungen noch einmal weiter verbessert werden konnten:

- Mit der Verdopplung der Zahl der von der Wirtschaft jährlich einzuwerbenden neuen Ausbildungsplätze auf 60.000 wird die Latte für die Kammern und Verbände künftig noch einmal deutlich höher gehängt. Diese Vorgabe ist eine gute Basis für eine nachhaltige Steigerung der Ausbildungsangebote. Ziel muss ein jährlicher Zuwachs an Ausbildungsplätzen sein.
- Erstmals verpflichten sich die Verbände, jährlich 30.000 Betriebe, die bislang nicht ausbilden, für betriebliche Ausbildung zu gewinnen. Angesichts der Tatsache, dass sich bislang nur etwa jedes zweite ausbildungsfähige Unternehmen an Ausbildung beteiligt, ist diese Vereinbarung ein wichtiger Schritt.
- Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) konnte als Paktpartner gewonnen werden. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Ausbildungsleistung in diesem Bereich stellt auch dies ein wichtiges Signal dar.

Insgesamt zeigen diese Vereinbarungen, dass sich die Wirtschaft ihrer Verantwortung im Bereich der dualen Berufsbildung bewusst ist. Nun wird es darauf ankommen, den freiwilligen Selbstverpflichtungen konkrete Taten folgen zu lassen, um nicht nur die Zukunftschancen der jungen Menschen zu verbessern, sondern auch den dringend benötigten Nachwuchs an gut qualifizierten Fachkräften langfristig zu sichern.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt außerdem, dass auch die Bundesregierung ihre Zusagen im Ausbildungspakt noch einmal deutlich erhöht hat. Neben der Fortführung des um 15.000 zusätzliche Plätze aufgestockten Sonderprogramms zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher

(EQJ), des ebenfalls aufgestockten Jobstarter-Programms sowie des Ausbildungsplatzprogramms Ost, begrüßen wir insbesondere die stärkere Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Ausweitung ausbildungsbegleitender Hilfen und sozialpädagogischer Ausbildungsbegleitung (auch bei EQJ-Praktika) sowie das neue Förderprogramm zur passgenauen Vermittlung Auszubildender an kleine und mittlere Unternehmen.

Insgesamt setzt der Ausbildungspakt noch entschlossener und zugleich differenzierter als bisher an zentralen Stellschrauben und wichtigen Problempunkten der dualen Berufsbildung in Deutschland an. Der Pakt hat damit künftig ein noch größeres Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Qualifizierungs- und Arbeitsmarktchancen und damit der Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu leisten.

Klar ist aber auch, dass der Ausbildungspakt nicht alle Probleme am Ausbildungsstellenmarkt lösen kann und durch weitere Maßnahmen flankiert werden muss. Ein Problem ist der über Jahre gestiegene Anteil an so genannten Altbewerbern am Lehrstellenmarkt. Hier sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die Zahl der benachteiligten Altbewerber bereits auf kürzere Sicht zu reduzieren. Dabei sollten auch die finanziellen Spielräume genutzt werden, die sich der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgrund der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt eröffnen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Förderung benachteiligter Jugendlicher überprüfen und dabei auch die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam in den Verwaltungsrat der BA eingebrachten Vorschläge zur Neuausrichtung der Förderpraxis für benachteiligte Jugendliche in die Prüfung einbeziehen. Darüber hinaus begrüßen wir den Beschluss der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ein Kombilohnprogramm zur Eingliederung von über 50.000 arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzulegen und dabei insbesondere auch Jugendlichen ohne Berufsabschluss berufliche Qualifizierungsperspektiven anzubieten.

Schließlich wird die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner den bereits ab Ende der 1990er Jahre unter der SPD-geführten Bundesregierung eingeschlagenen Weg der Modernisierung des beruflichen Bildungssystems weitergehen, um die Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen und politischen Rahmenbedingungen der dualen Berufsbildung in Deutschland insgesamt weiter voranzutreiben.